

S-21-Zustimmung

Große Mehrheit,
aber kein Frieden

Knapp vier Wochen nach der Volksabstimmung über Stuttgart 21 liegt die Akzeptanz für das Bahnprojekt laut einer Infratest-Umfrage nun bei 88 Prozent. Diese Einstellung hätten zu 72 Prozent selbst diejenigen, die gegen die Finanzierung durch das Land gestimmt hätten, teilte die Bertelsmann-Stiftung am Donnerstag mit. „Angesichts der verhärteten Fronten vor der Abstimmung fügt sich eine große Mehrheit, wenn auch teils zähneknirschend, in das Ergebnis“, erläuterte Frank Frick, Programmdirektor der Bertelsmann-Stiftung. Die Daten wurden im Auftrag der Stiftung und der Universität Stuttgart erhoben.

Allerdings sollten sich die politisch Verantwortlichen darüber klar sein, dass die Volksabstimmung keinen wirklich tiefgehenden befriedenden Charakter gehabt habe. Als „gute Demokraten“ hätten die Bürger den Entscheid zwar akzeptiert, sie spürten aber immer noch ein Unbehagen in puncto Transparenz und Offenheit. „Dieser Volksentscheid ist daher kein Beispiel gelungener Bürgerbeteiligung“, erklärte Frick weiter. Bürger müssten frühzeitig bei der Entwicklung möglicher Lösungen einbezogen werden, sonst werde die Chance zur Konsensbildung vertan. Ein Volksentscheid sei eher letztes Mittel eines Projekts politischer Teilhabe.

Zugleich wuchs die Zahl derjenigen, die Volksabstimmungen als gutes Mittel sehen, politische Entscheidungen zu treffen. Vor dem Entscheid sahen 56 Prozent darin ein geeignetes Instrument, 15 Prozent lehnten es ab. Nach dem Entscheid begrüßten 61 Prozent die Methode, der Anteil der Ablehnenden ging auf 11 Prozent zurück. *lsw*

Fernsehempfang

Vielen Haushalten
droht Abschaltung

Vier Monate vor dem Abschalten des analogen Satellitenempfangs am 30. April 2012 haben im Südwesten noch mehr als 116 000 Haushalte kein digitales Empfangsgerät. Ohne solche Geräte sei dann kein TV-Empfang mehr möglich, sagte Thomas Langheinrich, Präsident der Landesanstalt für Kommunikation (LfK). Aufschluss darüber, ob das TV-Signal digital oder analog empfangen wird, gebe die SWR-Teletextseite 198. Dennoch liege Baden-Württemberg mit 94 Prozent Digitalisierungsrate beim Satellitenempfang über dem Bundesdurchschnitt von 86,4 Prozent. Rund 42 Prozent der Haushalte im Land empfangen laut Digitalisierungsbericht 2011 der TNS Infratest MediaResearch Fernsehen per Satellit. Dieser Wert stieg leicht, während der Anteil von Haushalten mit Empfang über Kabel und DVB-T leicht sank.

Ein eher pessimistisches Bild zeichnete Langheinrich zur wirtschaftlichen Lage der privaten Rundfunkanbieter im Südwesten. Die regionalen TV-Sender arbeiteten mit einem Kostendeckungsgrad von 96 Prozent im Jahr 2010 immer noch defizitär. Dieser Wert bedeute im Vergleich zu 2009 jedoch immerhin eine Verbesserung von fünf Prozentpunkten. Etwas besser sehe es für die Radioanbieter aus. *lsw*

Integration

CDU-Fraktion legt
Leitlinien vor

Die CDU-Landtagsfraktion bescheinigt Grün-Rot Untätigkeit bei der Integration von Migranten und wartet mit eigenen Leitlinien auf. Baden-Württemberg sei das Flächenland mit dem größten Migrantenanteil (26 Prozent) und habe die damit verbundenen Aufgaben am besten gemeistert, sagte Fraktionschef Peter Hauk am Donnerstag in Stuttgart. Doch bestünden Defizite, die Grün-Rot trotz eines Integrationsministeriums nicht beherzt angehe. Der Integrationsexperte der Fraktion, Bernhard Lasotta, betonte, das Papier solle nicht provozieren, aber eine klare Abgrenzung von Parallelgesellschaften und Kriminalität schaffen. Integration sei eine Bringschuld der Gesellschaft und eine Holschuld des Einzelnen. Der frühe Erwerb der deutschen Sprache sei der Schlüssel zu Integration. Zuwanderung soll nach den Vorstellungen der CDU-Fraktion intelligent gesteuert werden. Um die weitere wirtschaftliche Dynamik zu erhalten, müssten Migranten nach einem Punktesystem wie in Kanada ins Land kommen können. *lsw*

Kontakt

Redaktion Landespolitik
Telefon: 07 11/72 05-11 81
E-Mail: suedwest@stz.zgs.de

Weitere Nachrichten aus Baden-Württemberg finden Sie auf SEITE 25

Regieren mit Stil
und innerer Haltung

Politikwechsel Winfried Kretschmann inszeniert sich als Biedermann. Aber er weiß mit der Macht etwas anzufangen. Von Reiner Ruf

Als Winfried Kretschmann (Grüne) Ende November in Berlin als „Politiker des Jahres“ geehrt wurde, da nannte ihn sein Laudator Thomas Schmid „eine Art Alien in der Sphäre der Politik“.

Ein Alien kann ausweislich des Oxford English Dictionary erstens ein Fremder sein („belonging to a foreign country or nation“), zweitens ein Außerirdischer („a hypothetical or fictional being from another world“), jedenfalls ein Wesen, das im eigentlichen Sinn auf Dauer nicht dort hingehört, wo es sich gerade aufhält.

Thomas Schmid waren in jungen Jahren dem „revolutionären Kampf“ verpflichtet gewesen, später ging er zu den Grünen, bei denen er Kretschmann über den Weg lief. Beide zählten zum ökolibertären, also rechten Flügel der Partei. Die Ökolibertären, als deren Cheftheoretiker Schmid fungierte, fristeten bei den Grünen freilich ein eher extraterrestrisches Dasein. Heute gibt Thomas Schmid für den Springer Verlag die Tageszeitung „Welt“ und deren Geschwisterblätter heraus. Aliens mag er auf seinem langen Weg vielen begegnet sein und mitunter sich auch also solcher gefühlt haben.

Bemerkenswert an Schmid's Alien-Bonmot bei der Ehrung Kretschmanns als „Politiker des Jahres“ war freilich anderes. Dem Stuttgarter Regierungschef maß er in seiner Laudatio folgende Eigenschaften zu: Kretschmann ist gradlinig, denn in der Regel meint er, was er sagt. Kretschmann ist bescheiden, aber dennoch selbstbewusst. Kretschmann sagt nicht immer das, was seiner Partei gefällt. Außerdem hegt er tiefe Überzeugungen, von denen er auch umständehalber nicht ablässt. Kretschmann ist beharrlich, ein sturer Arbeiter im Weinberg des Herrn. „Mit Wucht gibt er immer wieder Sätze von sich, die gravitativ wie gewaltige Hinkelsteine oder Mahnmale erdenschwer in der Landschaft stehen.“

Gesetzt, Thomas Schmid hätte recht und ein Politiker wie Kretschmann wäre also ein Alien in der deutschen Politik, stünde es ziemlich bedenklich um dieselbe. Denn was erwartet der Bürger anderes, als dass die Politiker in der Regel meinen, was sie sagen, auch wenn es deren Partei umständehalber nicht immer gefällt? Richtig ist, dass nicht jede Erwartung erfüllt wird. Horst Seehofer (CSU) zum Beispiel, der bayerische Ministerpräsident, erweckt sehr häufig den Eindruck, als wäre er selbst überrascht, was er alles sagen konnte, wo er doch am Tag vorher noch behauptet hatte, so etwas käme nie über seine Lippen.

Angenommen, Kretschmann lässt sich anders als Seehofer beim Wort nehmen, dann müssen sich die Baden-Württemberger darauf einstellen, dass eines schönen Tages einer ihrer schönen Landstriche tatsächlich für ein Atomendlager in die engere Wahl genommen wird. Dann sollten sich die Staatsdiener auf Stellenstreichungen und Einsparungen vorbereiten, weil der Stuttgarter Ministerpräsident sagt, dass bei einem Personalkostenanteil von 40 Prozent im Landesetat anders die Schuldenbremse nicht einzuhalten ist. Dann kön-

nen sich Eltern, Lehrer und Schüler auf den Abschied vom dreigliedrigen Schulsystem einrichten.

Regierende, die meinen, was sie sagen, sind ganz schön anstrengend. Sie machen sich damit auch nicht unbedingt beliebt. Winfried Kretschmann jedoch ist, davon künden die Umfragen, sieben Monate nach seiner Wahl zum Ministerpräsidenten außerordentlich beliebt. Er war noch gar nicht allzu lange im Amt, da erhob ihn Günther Oettinger, sein Vorgänger, bereits zur Kultfigur. Hans-Georg Wehling, der Altmeister der neueren Landesgeschichte, bezeichnete ihn als „Lichtgestalt“. Und sogar CDU-Landeschef Thomas Strobl sprach gelegentlich vom „Landesbischof“ Kretschmann, was zwar nicht rundum positiv gemeint war, eher ein wenig abschätzig klingen sollte, aber zumindest unfreiwillig darauf hinwies, dass da kein durchschnittlicher Politiker in der Villa Reitzenstein regiert. Zumindest ein interessanter. Wenn das Lob zu viel wird, dann sagt Kretschmann auch außerhalb der Karwoche: „Weil ich Christ bin, weiß ich, dass zwischen ‚Hosianna‘ und ‚Kreuzigt ihn‘ nur ein paar Tage liegen können.“

Die „Frankfurter Allgemeine“ bemerkte im Vorfeld des Volksentscheids über Stuttgart 21 treffend, der neue Ministerpräsident verfüge über einen Startvorteil: „Kretschmann hilft das geistige Vakuum, das sein Vorgänger hinterlassen hat.“ Der neue Regierungschef füllt dieses Vakuum auf unterschiedliche Weise. Äußerlich erkennbar ist das etwa in der Unerbittlichkeit, in der Kretschmann seine kleinen und großen Reden mit klassischen Zitaten schmückt. Nur Erwin Teufel kam ihm darin gleich. Perikles folgt auf Aristoteles, auch Sokrates kommt zu Wort. Greift Kretschmann zur Abwechslung ins lateinische Zitatenkästlein, wird dies in der Grünen-Fraktion als rhetorischer Paradigmenwechsel ironisiert. So kommt Leichtigkeit ins trockene Geschäft der Landespolitik. Es ist auch eine Prise Koketterie dabei, wenn Kretschmann über römisches Recht oder den Satzbau im Altgriechischen doziert. Aber ebenso steckt intellektuelles Format dahinter, wie man es an der Regierungsspitze lange vermisst hat. Man kann auch sagen: mit Kretschmann haben Stil und innere Haltung zurück ins Staatsministerium gefunden.

Anders als seinem Vorgänger Stefan Mappus, den bei allem konservativen Gebaren eine inhaltliche Beliebigkeit umgab, geht es Kretschmann nicht allein um Macht. Aber schon auch um Macht. Kretschmann weiß das hinter biederer Miene zu verbergen. Ohne Macht ist Politik nicht möglich. Mit Behagen erzählt Kretschmann von seinem Beitrag zur Energiegewinnung, als die Ministerpräsidentin mit Kanzlerin Angela Merkel (CDU) über die Vorgehensweise beim Atomausstieg berieten. Er schloss ein Bündnis mit seinem bayerischen Kollegen, und am Ende blieb Seehofer nichts anderes übrig, als zu Protokoll zu geben: „Mein Vorredner (Kretsch-

„Als Christ weiß ich, wie nahe sich ‚Hosianna‘ und ‚Kreuzigt ihn‘ sind.“

Winfried Kretschmann, Ministerpräsident



Manche halten ihn für Kult, andere für einen Alien. Der Grüne Winfried Kretschmann sagt, er halte das viele Lob für ein bisschen überspannt. Foto: dpa

mann) kann nicht für Bayern sprechen, aber er hat wie Bayern gesprochen.“ Die Folge war, dass – wie von Kretschmann gewünscht – der Atomausstieg gestaffelt vollzogen wird. Ursprünglich hatte die Bundesregierung geplant, die jüngeren Atommeiler bis 2021/2022 laufen zu lassen. „Dann wäre zehn Jahre nichts für die Energiegewinnung getan worden“, sagt Kretschmann.

Auch mit dem Vorstoß zu Gunsten eines neuen Suchlaufs für ein Atomendlager ließ Kretschmann bündnispolitisch. Im Nachhinein sagt er: „Dass ich da so stark mitwirken konnte, hat mich schon beflügelt.“ Ein Kenner der Berliner Szene zieht den Vergleich mit Mappus: „Die Ausstrahlung ist schon eine 180-prozentig andere.“ Offener sei Kretschmann, unverstellter – und auch das: freundlicher. Nicht einmal die Niederlage bei der Volksabstimmung vermochte ihn ernsthaft zu beschädigen.

2000 Terminanfragen gehen in seinem Büro ein, mitunter auch mehr – pro Monat. Günther Oettinger hatte er einst gescholten, er renne von Heckenbeerlesfest zu He-

ckenbeerlesfest, weshalb er nicht mehr zum Nachdenken komme. Inzwischen sagt Kretschmann: „Da muss ich Abbitte leisten.“ Als Regierungschef hat er nicht nur mit dem Steuergeld zu haushalten, sondern auch mit seiner Zeit. Den Kniff hat er noch nicht raus. Jetzt, nach einem Jahr voller Anstrengungen, sieht sich Kretschmann in einer „Energiumulde“. Zu Dreikönig unterzieht er sich deshalb, wie jedes Jahr, Exerzitionen im Kloster Maria Laach in der Eifel. Es ist ein besonderer Kurs für Politiker. Innere Einkehr, romanische Architektur, die Teilnahme an der Liturgie des Klosters und eine, wie Kretschmann sich

„Mit Wucht gibt er Sätze von sich, gravitativ wie Hinkelsteine.“

Thomas Schmid, Publizist

so unverwechselbar ausdrückt, „schöne Gregorianik“ erwarten ihn.

Ein Alien ist Kretschmann deshalb nicht. Ein bisschen anders ist er schon. Kein Parteikarrierist und kein Blender. Wenn Steven Spielbergs E.T. in den Nachhimmel blickt, dann sagt er sehnsuchtsvoll: „Nach Hause telefonieren.“ Winfried Kretschmann sagt, noch keinen Tag habe er bereut, Ministerpräsident zu sein.

Parteiaustritt nahegelegt

Rastatt Die CDU möchte einen Rechtsanwalt loswerden, der in seiner Kanzlei rechtsextremistische Kollegen beschäftigt hat.

In der baden-württembergischen CDU prüft man ein Parteiausschlussverfahren gegen einen Rastatter Anwalt, der durch die rechtsradikale Vergangenheit dreier Anwaltskollegen in die Schlagzeilen geraten ist. Entsprechende Medienberichte bestätigten am Donnerstag die Kreisvorsitzende Sylvia Felder und der CDU-Landesverband. Von zwei Juristen mit brauner Vergangenheit hatte sich der Anwalt mit CDU-Parteibuch bereits Anfang der Woche getrennt. Gestern hat er auch der bei ihm beschäftigten ehemaligen NPD-Funktionärin Nicole Schneiders gekündigt, die die Verteidigung des NPD-Mannes Ralf Wohlleben übernommen hat. Wohlleben ist in Haft, weil er den Zwickauer Neonaziterroristen Waffe und Munition besorgt haben soll. Schneiders hat in Jena und Mannheim studiert. Wie ihr Chef am Donnerstag sagte, reagiere er damit auf eine „Medienkampagne“.

„Es ist klar, dass wir innerhalb der Partei kein extremes Gedankengut akzeptieren“, betonte CDU-Sprecher Andreas Mair am Tinkhof am Donnerstag. An einen Parteiausschluss würden aber relativ hohe Hür-

den gestellt, weshalb ein Verfahren zuvor genau geprüft werden müsse.

Der CDU-Kreisverband Rastatt hat indessen dem Anwalt nahegelegt, aus der Partei auszutreten. Jenseits dessen, was die Prüfung eines Parteiausschlusses bringt, meinte Sylvia Felder: „Allein die öffentliche Diskussion sehe ich persönlich als parteischädigend an.“

Der Anwalt war zunächst nicht für eine Stellungnahme zu erreichen. Er ist nach Angaben auf seiner Homepage ehrenamtlich in Sportvereinen engagiert und im Vorstand des Anwaltsvereins Baden-Baden. Daneben ist er aktives Mitglied im Arbeitskreis Juristen in der CDU Mittelbaden. Nach Medieninformationen sollte er auch den Rastatter Fastnachtsumzug moderieren. Einer der Anwälte, mit denen der Rastatter Verteidiger zusammengearbeitet hat, ist Steffen Hammer von der Stuttgarter Kanzlei H3. Er war Kopf der inzwischen aufgelösten rechtsradikalen Band Noie Werte. Die Zwickauer Neonaziterroristen sollen zur Untermauerung der Bilder auf ihrem Bekennervideo auf Musik dieser Band zurückgegriffen haben. *lsw*